

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FOR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 28. Dezember 1964

Blatt 3689

Bürgermeister Frenz Jonas:

Zuerst die Wohnung und dann das Auto!
=====

Noch mehr Wohnungen bauen und Reparaturausgleichsfonds schaffen!

28. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach Bürgermeister Jonas Sonntag, den 27. Dezember, über die Wohnungssituation in Wien. Der Bürgermeister führte aus:

"In meiner letzten Sendung habe ich über die Budgetverhandlungen im Rathaus gesprochen. Gleichzeitig habe ich der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Verzögerung bei der Wahl des neuen Stadtsenates bald behoben sein wird. Heute kann ich Ihnen berichten, daß der Gemeinderat die Budgetberatungen durchgeführt und abgeschlossen hat, so daß die Bestimmungen der Stadtverfassung eingehalten wurden und das neue Budget ab 1. Jänner 1965 in Kraft treten kann. Während der gleichen Zeit haben die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien über die Bildung des neuen Stadtsenates zu einem Erfolg geführt und damit wurden die Voraussetzungen für die Wahl des neuen Stadtsenates geschaffen. Diese Wahl hat dann noch am letzten Sitzungstag des Gemeinderates stattgefunden. Damit sind alle Konsequenzen aus der Gemeinderatswahl vom 25. Oktober gezogen und die Vorschriften der Stadtverfassung erfüllt. Der neue Stadtsenat wurde bereits angelobt und somit voll handlungs- und beschlußfähig. Ich freue mich, Ihnen von dem Abschluß aller dieser Verhandlungen Mitteilung machen zu können. Ich will diese Tatsache als Beweis dafür anführen, daß es in der Demokratie möglich sein muß, Interessengegensätze auszugleichen und einen Weg.

./.

zu suchen, der für eine möglichst große Zahl der Gemeindebürger vertretbar ist.

Eines der interessantesten Kapitel der Budgetberatungen war dem Wohnungswesen gewidmet. Ursprünglich hatte die Aussicht bestanden, daß die Beratungen darüber schon im Zeichen einer neuen bundesgesetzlichen Regelung des Wohnungs- und Mietenrechtes stehen könnten. Die beiden Regierungsparteien hatten nämlich vereinbart, bis Ende 1964 gemeinsame Vorschläge für eine Neuordnung dieser außerordentlich wichtigen Probleme auszuarbeiten. Diese Absicht wurde leider nicht verwirklicht, weshalb als neuer Termin für diese Vorschläge der 30. Juni 1965 festgesetzt wurde. Da diese angestrebte Regelung des Wohnungs- und Mietenrechtes sehr umfangreich und kompliziert ist und sachlich mit anderen Fragen, zum Beispiel mit dem Bodenrecht und mit der Bauwirtschaft zusammenhängt, ist die Frist bis zum 30. Juni eigentlich kurz. Weil aber bereits eine Reihe von Vorarbeiten vorliegt, müßte es bei einigem guten Willen möglich sein, den neuen Termin einzuhalten.

Ich kann begreiflicherweise den Beratungen der beiden Regierungsparteien nicht vorgreifen. Ich fühle mich aber verpflichtet, einen Diskussionsbeitrag zu leisten, denn kaum eine andere Stadt Österreichs wäre von den Auswirkungen einer Neuordnung des Wohnungswesens so stark betroffen wie Wien. Schon allein die Größe unserer Stadt ist ein entscheidendes Merkmal. Nach der letzten Häuser- und Wohnungszählung im Jahre 1961 gibt es in Wien 580.340 Mietwohnungen, von denen allein 409.820 den Bestimmungen des Mietengesetzes unterliegen. Weil dadurch das Mietrecht und der Mietzins von 71 Prozent aller Mietwohnungen geschützt sind, muß jede Veränderung genauest überlegt werden, weil davon der größte Teil der Wiener Bevölkerung betroffen wäre.

Es handelt sich um jene Wohnungen, in denen der Mietzins mit einem Schilling pro Friedenskrone des seinerzeitigen Mietzinses festgelegt ist, das sind also jene Wohnungen, die bereits vor dem Jahr 1917 vermietet wurden. In den anderen Bundesländern ist der Anteil der mietengeschützten Wohnungen unterschiedlich, aber nirgends so hoch wie in Wien.

Das Grundübel unserer Wohnungssituation besteht darin, daß durch die beiden Weltkriege jedes Mal eine mehrjährige Unterbrechung der Wohnbautätigkeit eingetreten ist, wozu noch im zweiten Weltkrieg die Wohnungsverluste durch die Bombenangriffe gekommen sind. Wenn auch durch die Wohnbautätigkeit und die Förderungsaktionen der Gemeinde Wien, des Wiederaufbaufonds und des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds außerordentlich viel geleistet wurde, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß noch immer der größere Teil der Wiener Wohnungen aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg stammt. Diese entsprechen nicht mehr den Anforderungen unserer Zeit. Im Bewußtsein unserer Bevölkerung stellt sich das so dar: Man bekommt zwar schon die modernsten Geräte für den Haushalt einschließlich Waschmaschine, Kühlschrank, Staubsauger, Radio und Fernsehen, aber ein eigenes Klosett, eine Wasserleitung oder gar ein Bad ist ein unerfüllbarer Traum. Viele Wiener haben es zwar schon zu einem Auto gebracht, aber ihre Wohnungen unterscheiden sich in ihrem Zustand durch nichts von den Wohnungen ihrer Eltern. Dieser Widerspruch in der Lebensführung ist die Ursache, daß die Menschen aus ihren unpraktischen und ungesunden Wohnungen herausdrängen und neue Wohnungen wünschen.

Was soll nun geschehen, um die Wohnungsnot wirksamer als bisher zu bekämpfen? Vor allem ist es notwendig, noch mehr Wohnungen zu bauen. Man muß sich nur sofort mit dem Gedanken befreunden, daß man auch die Baumethoden rationalisieren soll, damit schneller und billiger gebaut werden kann. Denn die Mietzinse in den neuen Wohnhäusern müssen so berechnet sein, daß sie von Arbeitern und Angestellten bezahlt werden können. Weil wir aber noch nicht so weit sind, daß wir auf die alten Wohnungen verzichten können, ist es notwendig, sie so gut wie möglich zu reparieren und zu modernisieren. Weil aber die Kosten hierfür die einzelnen Mieter zu stark belasten würden, wäre für ganz Österreich die Schaffung eines Reparatur-Ausgleichsfonds notwendig, in den alle Mieter einen regelmäßigen Beitrag einzuzahlen hätten. In Wien hat die Gemeinde insofern Abhilfe geschaffen, als sie für Reparaturzwecke zinsenlose Kredite gibt, wodurch die Mieter dieser Häuser doch eine fühlbare Entlastung erhalten.

Bisher wurden solche Kredite in der Höhe von 1.050 Millionen Schilling gegeben.

Es gibt aber auch alte Häuser, deren Zustand so schlecht ist, daß eine Reparatur oder Modernisierung sinnlos wäre. Solche Häuser soll man niederreißen, um für moderne Wohnungen Platz zu schaffen. Um diese notwendige Modernisierung überhaupt zu ermöglichen, ist aber das schon so oft verlangte Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz erforderlich. Ich erinnere Sie daran, daß dieses Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz in den vergangenen Jahren schon zwei Bundeskanzler in ihren Regierungserklärungen zugesagt haben. Leider wurden diese Zusagen nicht eingelöst. Ich muß zugeben und deutlich darauf aufmerksam machen, daß die Gemeinde fast hilflos ist, wenn sie zur Errichtung eines neuen Wohnhauses alte Häuser kaufen will und deren Besitzer entweder überhaupt nicht verkaufen wollen oder unvertretbar hohe Preisforderungen stellen. Wie so etwas aussieht, können Sie in der neuen städtischen Wohnhausanlage gegenüber der Brigittakirche im 20. Bezirk genau beobachten.

In der Diskussion um die Neuordnung des Wohnungswesens wird auch die Meinung vertreten, man müßte die Mietzinse erhöhen, damit sich wieder Leute finden, die neue Wohnhäuser bauen. Diese Meinung ist deshalb falsch, weil die Mietzinse für neue Wohnungen keiner gesetzlichen Regelung unterliegen, sondern zwischen dem Hausbesitzer und dem Mieter frei vereinbart werden. Damit ist ja schon von vornherein die Rentabilität des privaten Wohnungsbaues gegeben. Solche Zinse sind aber für Arbeiter und Angestellte unerschwinglich und nur Personen mit höherem Einkommen können derartige Wohnungen mieten. Aber ich sage noch einmal, es wäre falsch, die Frage des privaten Wohnungsneubaues zur Begründung einer allgemeinen Mietzinserhöhung zu nehmen.

Es wird mit Recht immer wieder darüber geklagt, daß man in Privathäusern nur dann eine Wohnung bekommt, wenn man für sie einen hohen Preis bezahlt. Dieser Kaufpreis wird schamhaft als Investitionsablöse bezeichnet.

Als noch vor Jahren die gesetzlichen Regelungen im Wohnungswesen bestanden, mußte eine freigewordene Wohnung dem Wohnungsamt gemeldet werden, das dann den bedürftigsten Bewerber einweisen konnte. Seitdem diese Gesetze außer Kraft sind, hat das Wohnungsamt auf die Vergabung dieser Wohnungen keinen Einfluß mehr, sondern es entscheidet dann immer die Zahlungsfähigkeit des Bewerbers. Da in Wien jährlich ungefähr 10.000 Wohnungen frei werden, läßt sich unschwer errechnen, daß diese Kaufbeträge in die hunderte Millionen Schilling gehen, ohne daß dafür auch nur eine einzige Wohnung gebaut würde. Eine ähnliche Entwicklung sehen wir bei den Eigentumswohnungen. Die sogenannten "Rücktrittswohnungen" werden schon verkauft, ehe sie gebaut sind. Durch solche Machenschaften wird die Notlage der Wohnungsuchenden ausgenützt und sie werden in unerträglicher Weise geschädigt. Zur Bekämpfung dieser unhaltbaren Zustände sind ebenfalls durch die Regierungserklärungen gesetzliche Maßnahmen angekündigt worden, aber leider wurden auch diese Versprechen nicht erfüllt. Diese Regierungszusagen müßten ebenfalls in die Neuregelung des Wohnungswesens mit einbezogen werden.

Ich weiß, daß es außerordentlich schwer sein wird, die Wohnungs-sorgen nach allen Richtungen hin zu beseitigen. Eine Neuordnung des Wohnungswesens darf aber an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß man zum Leben eine Wohnung unbedingt braucht, und eine gesunde Bevölkerungspolitik nur dann möglich ist, wenn die jungen Ehepaare möglichst rasch einen eigenen Hausstand gründen können. Die Wohnung ist ein Gut besonderer Art. Von ihr hängt die Gesundheit und das glückliche Familienleben ab und deshalb darf man die Wohnungsfrage nicht schlechthin nur vom kaufmännischen Standpunkt aus betrachten. Deshalb muß die Erbauung von neuen Wohnungen im verstärkten Maße durch öffentliche Kredite gefördert werden, wozu sich die gemeinnützigen Wohnungs- und Baugenossenschaften am besten eignen. Sie unterliegen einer behördlichen Kontrolle, aber auch der Kontrolle aller Genossenschaftsmitglieder. Ich gebe aber ebenso offen zu, daß man auch beim Bau von Wohnungen den Rechenstift nicht vergessen darf. Das Bauen kostet eben viel Geld.

Der Baugrund hat seinen Preis, das Baumaterial muß gekauft werden und die Techniker und Arbeiter müssen ebenfalls ihren Lohn bekommen. Es ist deshalb verständlich, daß für die modernen und praktischen Wohnungen mehr bezahlt werden muß als für die alten und schlechten, deren seinerzeitige Baukosten schon lange amortisiert sind.

Ich weiß, daß es für manche junge Eheleute ein verführerischer Gedanke ist, möglichst rasch in den Besitz eines Autos zu kommen. Dabei vergessen sie, daß man wohl ohne Auto leben kann, aber nicht ohne Wohnung. Wenn unsere jungen Leute gut beraten sein wollen, dann sollen sie ihre Wünsche und ihr Spargeld zuerst auf die Wohnung konzentrieren, und erst wenn dieses Ziel erreicht ist, an andere Anschaffungen denken. Es wäre gar nicht das schlechteste, würde dann statt des Autos ein Baby kommen. Glauben Sie nicht?

Nun will ich Sie noch daran erinnern, daß das seinerzeitige Neuvermietungsgesetz am 30. Juni 1958 abgelaufen ist. Seit dieser Zeit können die privaten Hausbesitzer ihre Wohnungen freihändig vergeben. Das Wohnungsamt verfügt nur mehr über jene Wohnungen, die von der Stadt Wien selbst gebaut werden. Aber die Gemeinde befolgt aus freien Stücken jene Bestimmungen des abgelaufenen Neuvermietungsgesetzes, die für die Bewertung der Bedürftigkeit des Wohnungswerbers gelten. Es weiß deshalb jeder Bewerber, nach welchen Grundsätzen sein Ansuchen beurteilt wird und er kann selbst prüfen, ob seine Bedürftigkeit richtig eingestuft wurde.

In den nächsten Monaten werden in den Beratungen der beiden Regierungsparteien hoffentlich fortschrittliche Grundsätze für die Neuordnung des Wohnungswesens erarbeitet werden. Daran sollen alle Österreicher brennend interessiert sein, auch wenn sie persönlich keine Wohnungssorgen haben. Nahrung und Wohnung sind unsere elementaren Lebensbedürfnisse, die durch die Klugheit und Kraft der ganzen Gemeinschaft befriedigt werden sollen.

Ich habe wohl die Möglichkeit, am Silvesterabend die Neujahrswünsche der Stadtverwaltung durch den Rundfunk zu übermitteln. Ich weiß aber nicht, ob Sie mir dann alle zuhören können und deshalb sage ich Ihnen schon heute ein herzliches 'Prosit Neujahr' und wünsche Ihnen viel Glück und Gesundheit!"

Heuer 551 "gute Bilder für jeden" um 236.000 Schilling verkauft
=====

28. Dezember (RK) Am 24. Dezember um 12 Uhr schloß die vom Kulturamt der Stadt Wien und der Wiener Künstlerschaft veranstaltete Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Wiener Secession ihre Pforten. Die angebotenen Ölbilder und Graphiken haben ebenso wie die Kleinplastiken und Keramiken auch heuer wieder großes Interesse gefunden. Die Ausstellung, die zum 15. Male veranstaltet worden war, brachte einen Umsatz von 236.000 Schilling, 551 Exponate wanderten aus der Secession unter den Weihnachtsbaum der Wiener.

1950, im ersten Jahr dieser Ausstellungsreihe des Kulturamtes, waren 245 Arbeiten mit einem Gesamterlös von 44.865 Schilling verkauft worden. 1963 fanden 423 Arbeiten um insgesamt 225.493 Schilling ihre Käufer. Den höchsten Umsatz brachte bisher das Jahr 1961 mit 739 verkauften Kunstwerken und einem Erlös von 285.448 Schilling.

- - -

Silvester-Nachtverkehr

=====

28. Dezember (RK) Zusätzlich zu dem in allen Nächten betriebenen Autobus-Nachtverkehr wird in der Silvesternacht vom 31. Dezember auf den 1. Jänner wie alljährlich auf einzelnen Radial- und Rundlinien der Straßenbahn, anschließend an den Tagverkehr, ein Nachtverkehr bis etwa 5 Uhr ab Ring und Kai eingerichtet.

Die in der Silvesternacht betriebenen Linien sind aus den in den Wagen angebrachten Anschlägen zu ersehen. Der Nachtfahrpreis auf der Straßenbahn beträgt für jede Person sechs Schilling. Tagesfahrtscheine, Kinderfahrtscheine, Wochenkarten und Zeitkarten haben auf den Nachtverkehrszügen keine Gültigkeit. Im Autobus-Nachtverkehr gilt der normale Nachtfahrpreis.

- - -

Keine Feiertage für die Stadtreinigung
=====

28. Dezember (RK) Das Personal der Wiener Stadtreinigung hatte nicht viel von den Weihnachtsfeiertagen. Schon am Abend des ersten Feiertages begann es, als verbreitet Straßenglätte auftrat. Ab 23 Uhr waren 92 Streufahrzeuge im Einsatz.

Samstag, den 26. Dezember, arbeiteten 538 Mann des Straßenpflegepersonals, unterstützt von einem Schneepflug, 56 Streufahrzeugen und 15 Schneeladegeräten. In der Nacht wurden dann 36 Schneepflüge und Streuautos auf die Reise geschickt.

Sonntag mußte das Personal bereits um 6 Uhr früh durch Rundfunk und Polizei wieder zum Dienst gerufen werden. Auch die Aufnahme von fremden Schneearbeitern wurde angeordnet. Im Einsatz standen 824 Arbeitskräfte, darunter 279 aufgenommene Arbeiter. Ferner waren 39 Schneepflüge, 50 Streufahrzeuge und 15 Ladegeräte eingesetzt. In der Nacht wurde mit 70 Schneepflügen und drei Streufahrzeugen weitergearbeitet.

Heute früh kam es dank des Einsatzes der Stadtreinigung nirgends zu Störungen im Frühverkehr. Alle Fahrbahnen sind in einem relativ verkehrssicherem Zustand. Der Schnee ist durch die Salzbestreuung aufgeweicht. Mit der Fortsetzung der Räumarbeiten sind heute 1.652 Arbeitskräfte beschäftigt, darunter 834 aufgenommene Schneearbeiter. An Fahrzeugen stehen zur Verfügung: 75 Streufahrzeuge, 50 Schneepflüge und 15 Schneeladegeräte.

- - -

Wiener Fremdenverkehr im November

=====

28. Dezember (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien weist für den ersten Monat des Fremdenverkehrsjahres 1964/65, das jeweils mit 1. November beginnt und am 31. Oktober endet, folgende Besucherzahlen aus:

In Wiener Fremdenbeherbergungsbetrieben waren 52.109 Gäste gemeldet, in Jugendherbergen 2.497. Sie haben 161.921 Übernachtungen erbracht. Gegenüber dem November 1963 bedeutet dies eine Steigerung von 3.826 Besuchern. 32.200 der Gäste kamen aus dem Ausland.

Die meisten davon stellte wieder Westdeutschland mit 8.512 Besuchern (1963: 7.920). An zweiter Stelle stehen die 4.483 Gäste aus den Vereinigten Staaten (1963: 4.152). Bemerkenswert ist vor allem, daß an dritter und vierter Stelle - nahezu ex aequo - Italien und Ungarn stehen. Aus unserem südlichen Nachbarland kamen 2.053 (2.165), aus dem östlichen 2.038 (2.508) Besucher. Der Besucherstrom aus den östlichen Ländern hält sich weiterhin auf erfreulicher Höhe. Die Zahl der Gäste aus der Tschechoslowakei ist beispielsweise von 395 im November 1963 auf 1.120 gestiegen.

- - -

Rinderhauptmarkt vom 28. Dezember
=====

28. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche. 0. Neuzufuhren Inland: 37 Ochsen, 210 Stiere, 332 Kühe, 88 Kalbinnen, Gesamtauftrieb: 667. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 13.80 bis 15.80 S, extrem 16.60, Stiere 13 bis 16.80 S, extrem 17 bis 17.10 S, Kühe 11.50 bis 13.80 S, extrem 14 bis 14.60 S, Kalbinnen 14 bis 16.40 S, extrem 16.50 bis 16.60 S; Beinlvieh Kühe 9 bis 11.50 S, Ochsen und Kalbinnen 11 bis 13.70 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Stieren um 45 Groschen, bei Kühen um 63 Groschen, bei Kalbinnen um 79 Groschen und ermäßigte sich bei Ochsen um einen Groschen je Kilogramm. Er beträgt bei: Ochsen 14.39 S, Stieren 15.90 S, Kühen 11.96 S, Kalbinnen 15.35 S; Beinlvieh verteuerte sich bis zu 70 Groschen je Kilogramm.

- - -